

GRÜNSPIEGEL

Informationen zur grünen Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Ludwigsburg

informativ • parteilich • aktuell

Ausgabe 43; Juli 2010



Neckar-Elektrizitätsverband (NEV) rechtlich auf dünnem Eis

Der Vorstoß der Verbandsspitze des Neckar-Elektrizitätsverbands (NEV) zur Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft mit EnBW und der RWE-Tochter Süwag kann sich aus meiner Sicht durchaus zu einem Bumerang entwickeln. Diesen Eindruck gewinnt man jedenfalls bei der Lektüre der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine von mir im Landtag eingebrachte Anfrage.

Ziel meiner Anfrage an die Landesregierung war es zu klären, ob die Satzung des Neckar-Elektrizitätsverbands (NEV) sowie das Vorhaben zur Gründung einer NEV-Netz-Gesellschaft mit den geltenden energie- und wettbewerbsrechtlichen Anforderungen in Einklang steht. Liest man die Stellungnahme des Wirtschaftsministers zu dem von mir vorgelegten Fragenkatalog dann müssten beim Zweckverband eigentlich alle Alarmglocken schrillen. Aufgrund offener rechtlicher Fragen und den vom Wirtschaftsministerium aufgeworfenen „kartellrechtlichen Bedenken“ kann man meines Erachtens durchaus die ganze Verbandskonstruktion des NEV in Frage stellen.

Wie vielen von Euch sicher bekannt ist, steht bei allen zum NEV zählenden Kommunen – diese reichen von Heilbronn im Norden bis Metzingen im Süden – in den kommenden Jahren die Neuvergabe der Strom-Konzessionsverträge an. Vor diesem Hintergrund plant die NEV-Verbandsspitze seit geraumer Zeit die Gründung einer eigenen Netzgesellschaft. Mit einer 49%-Beteiligung der EnBW und der Süwag AG will der NEV eine gemeinsame Gesellschaft zum Betrieb des in Fachkreisen als

lukrativ geltenden Stromverteilungsnetzes in der Region Stuttgart (NEV-Netzgesellschaft) gründen. Knapp 36% der angedachten Netzgesellschaft sollen demnach die 167 Mitgliedskommunen halten, weitere 15% würden laut vorliegenden Plänen beim NEV-Zweckverband selbst liegen. Mehrere Mitgliedskommunen haben in den letzten Monaten allerdings bereits angekündigt hier eigene Wege gehen zu wollen. Diese reichen von einer Kooperation mit benachbarten Stadtwerken, der Gründung eines regionalen Verbunds (z.B. Kommunen im Rems-Murr-Kreis) bis hin zur Gründung eigener Stadtwerke. Hinzu kommt, dass die von mehreren Mitgliedskommunen gegen das oben dargestellte Konstrukt einer NEV-Netzgesellschaft geäußerten rechtlichen Bedenken sich durch die Antwort auf meine Anfrage auch noch auf die NEV-internen Rechtskonstrukte ausweiten. So ist laut der Stellungnahme aus dem Hause Pfister davon auszugehen, dass „die Satzung des NEV an verschiedenen Stellen kartellrechtlichen Bedenken begegnet und entsprechend geändert werden sollte.“

Nach der von uns mehrfach verlangten wettbewerbsrechtlichen Prüfung und der Überprüfung der NEV-internen Regelungen kündigte Wirtschaftsminister Pfister in seinem Schreiben an mich an, „dass das Wirtschaftsministerium sowohl als Landeskartellbehörde als auch als Energieaufsichtsbehörde im Hinblick auf die zwingenden Vorgaben insbesondere des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung und der Konzessionsabgabenverordnung tätig werden wird.“

Von eminenter Bedeutung wäre die Satzungsänderung für Mitglieder, die aus dem Verband austreten möchten. Derzeit haben sie aus Sicht der Landesregierung einen Anspruch auf Ausschüttung ihres Vermögensanteils. Das könnte sich allerdings bei Änderung der Zweckbestimmung – wenn z.B. die NEV Netzgesellschaft mit geplanten NEV-Ausgaben über 36 Mio.€ als Verbandsaufgabe dazu käme – anders darstellen.

Das Dilemma besteht darin, dass die beteiligten Mitgliedskommunen ursprünglich über einen weiteren kommunalen Anteil an einer 86 Millionen schwere Kapitalanlage entscheiden sollten. Derzeit steht aber die Rechtskonformität des ganzen Zweckverbands in Frage. Ob es möglich ist, die Satzung wasserdicht zu gestalten, gleichzeitig die Freiwilligkeit an der Beteiligung einer Netzgesellschaft und eine Vermögensausschüttung bei Austritt zu gewährleisten, müssen die Mitgliedskommunen in der für 23. Juli anberaumten Mitgliederversammlung entscheiden.

Zu raten ist den NEV-Mitgliedskommunen, zunächst auf eine detaillierte Bewertung aller rechtlichen Fragen insbesondere der Satzung durch das Wirtschaftsministerium zu drängen. Solange die Existenz des Zweckverbands als solches in Frage steht, wäre eine insgesamt 122 Millionen € schwere kommunale Investition in die geplante Netzgesellschaft aus meiner Sicht ein mehr als riskantes Geschäft.

**Franz Untersteller,
MdL**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten die erste Grünspiegel-Ausgabe des neuen Redaktionsteams in Ihren Händen. Wir haben die Aufmachung des Grünspiegels behutsam weiterentwickelt, um Inhalte spannend und die Aufmachung lesefreundlich zu gestalten. Das Team dankt Dieter Höppner, Markus Schimek und Alexander von Wascinski für ihre professionellen Tipps und die Unterstützung bei der Gestaltung.

Wir Grünen sind stark vertreten in den Kommunen, im Kreis, im Land und jetzt auch wieder im Deutschen Bundestag. Unsere Politik findet immer mehr Zuspruch. Das sehen wir an unseren Wahlergebnissen und wir erleben es im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Unsere Themen sind Zukunftsthemen.

Mit unserem Grünspiegel leisten wir einen aktiven Beitrag zur Information, zur Diskussionskultur, zu mehr Bürgerbeteiligung und zum demokratischen Diskurs.

Das Redaktionsteam freut sich über weitere Leserinnen und Leser. Wir wollen unseren Leserkreis vergrößern und suchen deshalb weitere Personen, die beim Verteilen helfen und uns zusätzliche Auslagemöglichkeiten mitteilen.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen und Anregungen. Bitte schreiben Sie uns Ihre Anregungen unter: gruenspiegel@gmx.de

*Mit herzlichen Grüßen
Ihr Grünspiegelteam*



Siegfried Rapp



Uwe Scheuritzel



Max Bleif



Andreas Kasdorf

Informationen zum NEV

Der Neckar-Elektrizitätsverband (NEV) ist ein kommunaler Zweckverband in Baden-Württemberg, dem 167 Gemeinden als Mitglieder angeschlossen sind. Der NEV erstreckt sich über mehrere Landkreise von Göppingen und Nürtingen über Ludwigsburg und Böblingen bis nach Neckarsulm und Bad Rappenau. Der Sitz des NEV ist in Esslingen, die Zentrale befindet sich in Stuttgart. Die primäre Aufgabe des NEV ist

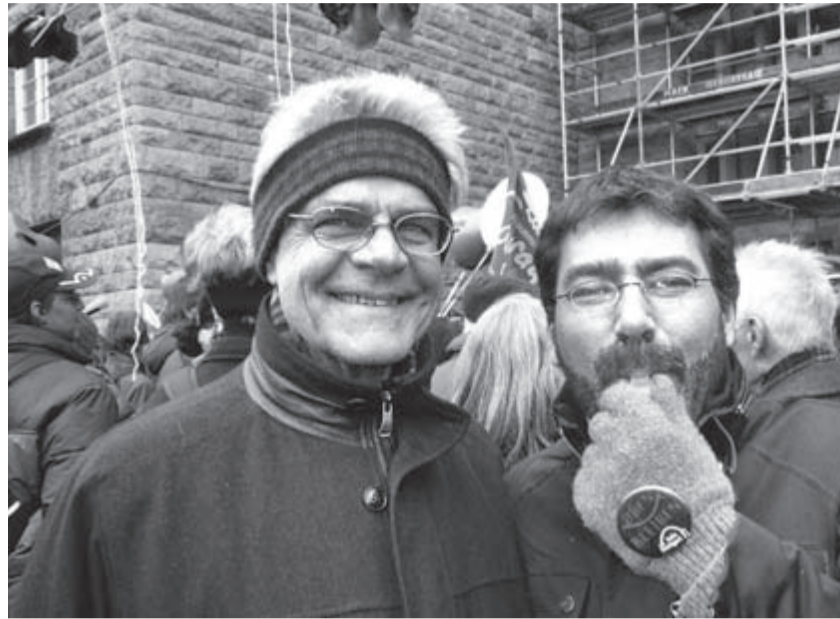
die Interessenvertretung seiner Mitglieder in Sachen Energieversorgung. Laut eigenen Angaben möchte der Verband auf eine „einheitliche, zweckmäßige, wirtschaftliche und umweltschonende Energieversorgung“ im Verbandsgebiet hinwirken. Hierzu dürfen die Mitglieder die Dienste der Geschäftsstelle nutzen. Auch die EnBW sowie die Süwag AG sind anteilig im NEV vertreten.

Andreas Kasdorf

Stuttgart 21: Der Widerstand wächst

Ludwigsburg zahlt mit

Nach mehr als 16-jähriger Planung war am Dienstag, den 2. Februar 2010 um 14.09 Uhr der offizielle Baustart für den Umbau des Bahnknotens Stuttgart 21 erfolgt. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU), der damalige Ministerpräsident Günther Öttinger, Stuttgarts OB Wolfgang Schuster (alle CDU) sowie der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube, haben den Prellbock 049 angehoben. Dieses symbolträchtige Schauspiel wurde weit draußen auf dem Gleisvorfeld aufgeführt. 350 Polizisten und der bahneigene Sicherheitsdienst mussten das Spektakel absichern.



Auf gehts zur Montagsdemo im Frühling, Sommer, Herbst und Winter

Rund 2000 bis 3000 Bürger demonstrierten vor dem Nordausgang und in der abgesperrten Bahnhofshalle mit Trillerpfeifen gegen die „Endstation-Wahnhof“. Grüne Politiker ließen rote herzförmige Luftballons steigen – eine Aktion unter dem Motto „Auch diese Blase wird platzen“. Sehr aufschlussreiche Worte sagte Bahnchef Grube: „Wer verspricht, die Kosten auf Heller und Pfennig vorherzusagen zu können, der lügt.“ Stuttgarts Noch-OB Wolfgang Schuster sagte: „Stuttgart 21 ist ein „Grünes Projekt“. Der Chef der Grünen Landtagsfraktion Winfried Kretschmann durfte trotz seines Abgeordnetenstatus nicht an dem Symbolakt teilnehmen. Aus seiner Sicht ist dies absurd, „schließlich gehöre ich dem Landtag an, der für die Finanzierung des Projekts mit aufkommt.“ Boris Palmer meinte: „Es bleiben noch zwei Jahre für die Rückkehr zur Vernunft, solange ist es billiger aufzuhören als weiterzumachen.“ Inzwischen

gehen die wöchentlichen Montagsdemonstrationen weiter und es versammeln sich immer wieder 2000 bis 4000 Menschen, um gegen Stuttgart 21 zu demonstrieren. Werner Wölfl, der Fraktionschef der Grünen im Stuttgarter Gemeinderat, reagierte auf das Dialogangebot von Bahnchef Rüdiger Grube: „Wir erwarten, dass kein Seitenflügel des Bahnhofs abgerissen und keiner der 200 Jahre alten Bäume im Schlossgarten gefällt wird.“

Der Widerstand gegen Stuttgart 21 ist nicht begrenzt auf die Stuttgarter Innenstadt. Alle umliegenden Kommunen werden sich durch Umlagen an diesem Großprojekt beteiligen müssen. So ist es nicht verwunderlich, dass aus dem gesamten Umland montags immer mehr Menschen nach Stuttgart aufbrechen, um gegen dieses unkalkulierbare Milliardenprojekt zu demonstrieren. Auch

aus Ludwigsburg kommen regelmäßig Menschen, um ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Hierbei werden Trillerpfeifen eingesetzt oder es wird lautstark gerufen „Oben bleiben, oben bleiben“.

Siegfried Rapp (Grünspiegel)
Markus Gericke (Gemeinderat)

Montagsdemonstrationen
jeweils um 18 Uhr: Stuttgarter Hauptbahnhof, Treffpunkt Nordausgang

Der Kreis Ludwigsburg zahlt in den nächsten 10 Jahren 18,5 Millionen Euro für Stuttgart 21 (davon die Stadt Ludwigsburg jährlich 332.186 Euro).

Laut Plan der DB wird bereits im August 2010 mit dem Abriss des Nordflügels des Hauptbahnhofs begonnen.

Mehr Informationen unter:

www.kopfbahnhof-21.de

www.parkschuetzer.de

Grüne warnen vor Stillstand bei Bahnprojekten

Die Grünen befürchten einen Stillstand bei den Bahnprojekten im Landkreis Ludwigsburg. Außer der Stadtbahn von Remseck nach Stuttgart sei bislang noch kein Schienenvorhaben zu Ende gebracht worden, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Kreistagsfraktion mit dem Abgeordneten Jürgen Walter aus Asperg.

Besonders beim Bau der Stadtbahn gehe es offenbar wieder nicht so recht voran, obwohl der Landrat selbst von einem „Jahrhundertprojekt“ gesprochen habe. „Der Landrat muss seinen Ankündigungen jetzt auch mal Taten folgen lassen!“, fordert Jürgen Walter mit Nachdruck. Das Thema drohe wieder im Landratsamt zu versickern, wie damals schon bei der Reaktivierung der Bahnstrecke von Ludwigsburg nach Markgröningen, als das Projekt zerredet wurde. Es sei trotz eines einmalig hohen Kosten-Nutzen-Faktors von 6,0 (er beschreibt die Wirtschaftlichkeit eines Projektes) unverständlicherweise nie verwirklicht worden.

Denn die Zeit könnte dem Landkreis Ludwigsburg bei dem 200-Millionen-Euro teuren Stadtbahnprojekt von Markgröningen nach Waiblingen langsam davon laufen. Grünen-Fraktionschef Daniel Renkonen verweist nämlich auf Behördenaussagen, wonach der Zuschusstopp des so genannten Entflechtungsgesetzes für ÖPNV-Vorhaben im Jahr 2013 versiegen soll. „Das wäre das Aus für die Stadtbahn und andere Vorhaben wie die Bottwartalbahn“, warnte Renkonen. Es sei also Zeit für „klare Signale“.

Zudem hinke der Kreis Ludwigsburg bei den Bahnprojekten weiter den anderen Landkreisen wie Rems-Murr oder Böblingen hinterher, die deutlich mehr stillgelegte Schienenstrecken wieder reaktiviert haben. „Bei uns tut sich zu wenig.“, stellte Renkonen ernüchtert fest.

Auch Walter hat große Bedenken, ob der Landkreis angesichts der Finanzkrise noch schnell genug zum Zug kommt. Er kündigte eine Anfrage an das Umwelt- und Verkehrsministerium an, um nachzufragen, ob überhaupt noch genügend Zuschüsse für derartige Schienenvorhaben vorhanden sind.

„Die Landesregierung muss endlich eine Regelung finden, damit Landkreise und Kommunen Planungssicherheit haben!“, forderte Walter. Derweil bekräftigte die Grünen-Kreistagsfraktion, dass der Technische Ausschuss jetzt schnell einen Beschluss zur Umsetzung der Stadtbahn fällen müsse. „Ohne eine Landesförderung ist so ein Großprojekt finanziell nicht zu stemmen.“

Die Grünen wollen sich auf Kreisebene auch weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Busverkehr in ländlichen Gebieten und am Wochenende massiv ausgebaut wird. Zudem müssten die S-Bahnpkapazitäten zu den Stoßzeiten deutlich erhöht werden. „Wer vom Klimaschutz redet, der muss zwangsläufig auch über eine Ausweitung des ÖPNV-Angebotes sprechen!“, fordern die Grünen.

Claus Langbein
(Kreistag)

Behinderte und nichtbehinderte Kinder laufen und lernen gemeinsam

Jürgen Walter, MdL begrüßt das Projekt der gemeinsamen Beschulung von Behinderten und Nicht-Behinderten (Inklusion*) in der Gottlieb-Daimler-Realschule in Ludwigsburg und in der August-Hermann-Werner-Schule in Markgröningen.

Das Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Kindern müsse zur Regel werden. Auch beim Citylauf in Ludwigsburg haben in diesem Jahr behinderte Kinder und Jugendliche mit nichtbehinderten gemeinsam teilgenommen. Jürgen Walter: „Dass es noch zu viele Berührungspunkte gibt, liegt auch an der Schulpolitik in Baden-Württemberg. Ein Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Kindern darf nicht die Ausnahme bleiben.“ Eine gemeinsame Beschulung habe kürzlich auch der Expertenrat des Kultusministeriums gefordert. Jürgen Walter: „Eltern mit behinderten Kindern dürfen nicht mehr länger wie lästige Bittsteller behandelt werden, wenn sie einen gemeinsamen Unterricht wünschen. Auch mit dem unwürdigen Hürdenlauf, der oft damit endet, dass der Elternantrag auf inklusive

Beschulung abgelehnt wird, muss jetzt Schluss ein. Wir brauchen keine jahrelangen Schulversuche mehr, denn positive Erfahrungen zum inklusiven Unterricht liegen längst aus anderen Ländern, anderen Bundesländern und sogar aus Baden-Württemberg vor.“ Sinnvoll sei die Abschaffung der Sonderschulpflicht, die Einführung eines zieldifferenten Unterrichts und die Umwandlung der Sonderschulen in sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren. Wichtig sei die Aufnahme sonderpädagogischer Kompetenzen und inklusiver Unterricht in die Lehrerbildung aller Schularten sowie die Öffnung der Sonderschulen auch für Kinder ohne Behinderungen. Jürgen Walter: „Die zentralen Forderungen des Expertenrats können sofort umgesetzt werden. Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin, konsequente Schritte in ein inklusives Bildungswesen einzuleiten, wie es in der UN-Behindertenrechtskonvention in Art. 24 gefordert wird.“ Gemeinsame Projekte wie beim Citylauf in Ludwigsburg wären dann selbstverständlich und schlimmstenfalls keine Zeitungs-

* Inklusion:
Gemeinsamer Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung.
Uwe Scheuritzel (Grünspiegel)

Auszug aus Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention

„(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives [inklusive] Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen ...

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass...

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;

b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen [inklusive], hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben...“

Die Konvention muss noch in nationales Recht umgesetzt werden.



Gottlieb Daimler Realschule Ludwigsburg

Grüner Naturschutzpreis 2010

Grundschule Neckargröningen gewinnt ersten Preis – zwei NABU-Gruppen belegen gemeinsam Platz 2



Die Naturforscher der Grundschule Neckargröningen

Die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand von Bündnis90/DieGrünen haben am Sonntag zum fünften Mal in Folge ihren begehrten Naturschutzpreis vergeben. Die Preisverleihung fand

in der Grundschule Neckargröningen statt. In diesem Jahr wurden ein erster Preis in Höhe von 200,- Euro sowie zwei gleichwertige zweite Preise in Höhe von je 150,- Euro vergeben.

Mit einem ersten Preis wurde die Arbeitsgemeinschaft Naturforscher an der Grundschule Neckargröningen unter der Leitung der beiden Jugendbegleiterinnen Jacqueline Wahl und Maria Christ

ausgezeichnet. Honoriert wurde die Beschäftigung mit der Natur und das Erkennen von ökologischen Zusammenhängen.

In ihrer Laudatio hat die Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/DieGrünen, Ingrid Hönlinger, besonders das Engagement der kleinen Naturforscher hervorgehoben. Die Kinder hätten einen Sinn dafür entwickelt, den Blick für die Natur zu schärfen, um dies auch als Multiplikatoren ihren Freunden weiterzugeben, so Ingrid Hönlinger.

Max Bleif, Mitglied des Kreisvorstandes von Bündnis90/DieGrünen, war von der Arbeit der kleinen Naturforscher so begeistert, dass er sich spontan dazu entschlossen hat, einen Baum für die Grundschule Neckargröningen zu spenden, als sichtbares Zeichen zum Klimaschutz.

Einen zweiten Preis erhielt der Naturschutzbund Deutschland, Ortsgruppe Gerlingen. Ausgezeichnet wurde die Darstellung der Lebensbedingungen von Fledermäusen und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit.

In zahlreichen Exkursionen wurde dabei immer wieder das Phänomen Ultraschall aufgegriffen und bearbeitet. Interessant ist auch das Aufzuchtverhalten und die

Kinderstube der Fledermäuse, sowie die Überwinterung in Höhlen oder in älteren Gebäuden.

Kreisrätin Doris Renninger hat in ihrer Würdigung besonders die gute Öffentlichkeitsarbeit der Ortsgruppe Gerlingen hervorgehoben.

Einen weiteren zweiten Preis erhielt der Naturschutzbund Deutschland, Ortsgruppe Schwieberdingen. Gewürdigt wurde das aktive Heranführen von Kindern und Jugendlichen an die Natur. Landtagsabgeordneter Jürgen Walter hat in seiner Ansprache besonders die ausgezeichnete Jugendarbeit der Ortsgruppe Schwieberdingen gelobt.

Die Jurymitglieder MdB Ingrid Hönlinger, Kreisrätin Doris Renninger, Kreisrat Reiner Theurer und Vorstandsmitglied Max Bleif hatten unter den zahlreichen Einsendungen die Qual der Wahl, um drei herausragende Arbeiten auszuwählen. Besonderes Augenmerk und Kriterien für die Auswahl der Preisträger waren dabei die Nachhaltigkeit der Projekte und der damit verbundene erzieherische Wert. (Anm. d. Red.: Die nicht berücksichtigten Bewerbungen können im nächsten Jahr erneut eingereicht werden.)

Reiner Theurer (Kreisrat)

Utopie Atomausstieg?

Die beiden Atomkraftwerke in Neckarwestheim haben 2009 ca. 15,1 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Uranabbau und -verarbeitung, der Kraftwerksbetrieb und der Atommüll sind und bleiben aber eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen.

Atomstrom ist auch bei einem Sofortausstieg aus folgenden Gründen ersetzbar:

- Deutschland ist Stromexporteur. Im Jahr 2007 hat Deutschland 19 Milliarden Kilowattstunden Strom mehr exportiert als eingeführt. Dies ist mehr als die beiden Neckarwestheimer Reaktoren erzeugt haben.
- Im Jahr 2009 sind wegen Pannen und aus technischen Gründen mehrere Reaktoren stillgelegt: Brunsbüttel war das ganze Jahr nicht am Netz, Krümmel lief nur wenige Tage. Außerdem lieferten die hessischen Atomkraftwerke in Biblis nur jeweils zwei Monate (Biblis A) und drei Monate (Biblis B) Strom ins Netz: Trotzdem wurden keinerlei Engpässe in der Stromversorgung verzeichnet.
- Zunehmend wird mehr Erneuerbare Energie erzeugt. Deren Anteil an der Stromerzeugung beträgt bereits 16 Prozent. Allein der Zuwachs an Photovoltaik betrug in den ersten neun Monaten 2009 rund 1471 Megawatt: Wenn die Sonne scheint, erzeugen diese neuen

Solaranlagen etwa soviel Strom wie Block 2 in Neckarwestheim. In Deutschland sind Windkraftwerke mit einer Gesamtleistung von über 25.000 Megawatt installiert. Wenn der Wind weht, wird mehr Windstrom als Atomstrom erzeugt.

- Strom kann effizient rund um die Uhr durch Heizkraftwerke bzw. dezentral in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugt werden kann. So produziert etwa die Stadt Pforzheim in ihrem Heizkraftwerk unter Einsatz der Brennstoffe Gas, Kohle und Biomasse rund 60 % des Strombedarfs der Großstadt Pforzheim. Durch Nutzung der Verbrennungsenergie als Fernwärme wird ein hoher Energieausnutzungsgrad erreicht.
- Strom wird verschwendet. Das Umweltbundesamt (UBA) schätzt den Stromverbrauch durch Geräte im Standby allein in den Privathaushalten und Büros in Deutschland auf insgesamt mindestens 20,5 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. Ein Verzicht auf diese Leerlauf-funktionen könnte schon beide Neckarwestheimer Reaktoren vom Netz bringen.
- Das Risiko von Unfällen steigt kontinuierlich. Die deutschen Reaktoren werden immer maroder. Die Gefahr eines Super-GAU's nimmt mit jedem Betriebsjahr zu. Vor Terrorangriffen sind Atomreaktoren nicht

effektiv zu schützen.

- Atomkraft macht Strom nicht billig, sondern Konzerne reich. Strom aus abgeschriebenen Reaktoren ist billig – und wird teuer verkauft. Mit jedem Jahr Laufzeitverlängerung spülen die Atomkraftwerke den Unternehmen rund 10 Milliarden Euro Gewinn in die Kasse.
- Der Atommüll strahlt zeitlich fast unbegrenzt. 450 Tonnen hochradioaktiver Müll entstehen jährlich in deutschen Atomreaktoren – ohne dass es eine sichere Entsorgung gibt.
- Atomkraft schützt nicht das Klima. Würden keine Atomreaktoren ausgeschaltet, gäbe es zu viel Strom auf dem Markt. Die Atomkonzerne würden dann noch stärker die Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung behindern. Die Energiewende wäre gestoppt, noch ehe sie richtig begonnen hat.
- Strom ist genug da. Das Umweltbundesamt hat es vorge-rechnet: Wir können aus der Atomkraft aussteigen und auf neue Kohlekraftwerke verzichten, ohne dass der Strom knapp wird. Atomkraft muss ein Auslaufmodell bleiben. Sonne, Wind und Wasser plus Energieeffizienz gehört die Zukunft!

Redaktion Grünspiegel

Landtagswahl 2011



Am 26. Juni 2010 wählte der Landesausschuss in Mannheim den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 27. März 2011, den Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Winfried Kretschmann, Foto ganz rechts, sowie das Spitzenteam vlnr.: Gisela Splett, Andreas Schwarz und Bärl Mielich. Internet: www.gruene-bw.de

Nach Redaktionsschluss eingetroffen:

Neuer Kreisvorstand gewählt

Am 14. Juli 2010 haben Bündnis90/DieGrünen auf ihrer Kreismitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Dem Vorstand gehören an: Uta Hermenau, Swantje Sperling, Andreas Roll und Dirk Werhahn. Als

Kreiskassiererin bleibt Susanne Schwarz-Zeeb vorerst im Amt. Für ihr bisheriges Engagement wurde den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern. Petra Heinle, Ingrid Hönlinger und Max Bleif ganz herzlich gedankt.

1. Ludwigsburger Speakers Corner

Demokratie und Bürgerbeteiligung stärken



Am 3. Juli 2010 fand von 10 bis 13 Uhr in Ludwigsburg hinter der evangelischen Stadtkirche die erste Ludwigsburger Speakers Corner statt. Auf Einladung von MdB Ingrid Hönlinger stellten sich Vertreter aus Politik, Bildung, Verwaltung, Kirche, Vereinen, Initiativen, Bildung und der Grünen Jugend auf das Podest und hielten kurze Impulsreden zum Thema „Demokratie stärken“. Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheit in Diskussionen oder durch eigene Beiträge vom Podest ihre Meinung zu sagen. Ein gelungenes Experiment, das im nächsten Jahr weitergeführt werden soll.

Ingrid Hönlinger eröffnete die Speakers Corner mit den Worten: „Was heißt Speakers Corner? Nun, auf gut schwäbisch könnte man sagen: Schwätzzecke. Aber: Es gibt einen kleinen Unterschied: Das Schwätzzecke ist öffentlich, andere hören mit, nämlich Sie! Das Publikum! Aber: Sie hören nicht nur passiv zu, sondern Sie reden auch mit. Sie hören zu, bilden sich eine Meinung und sagen dann Ihre eigene Meinung. Und: Im besten Fall bestimmen Sie auch mit.“

In ihrer kurzen Rede legte sie ihre Vorstellungen von öffentlicher Diskussion, Meinungsbildung und Mitbestimmung dar, die sich nicht auf die freie und geheime Wahl von Gemeinderat, Kreistag, Landtag und Bundestag beschränken sollten: „Wir müssen Demokratie mit Leben erfüllen, jede Bürgerin und jeder Bürger muss auch zwischen den Wahltagen an seinem und ihrem Platz Demokratie aktiv

wege und ÖPNV oder mehr Autos, Bürgernähe oder mehr Lobby-Gruppen, Bürgerbeteiligung, das Stromnetz, die Situation an den Hochschulen, Studiengebühren, Bildungs- und Energiepolitik, Schulen, Jugend und Demokratie, internetgestützte Formen der Demokratie.

Neben Bürgern und Passanten schwangen sich Grüne und Ludwigsburger Prominente aufs Podest, darunter der Ludwigsburger Oberbürgermeister Werner Spec, der Dekan des Kirchenbezirks Ludwigsburg Winfried Speck, Christine Knoß vom Naturpark West, Sophie Fink, Ronja Gruber, Simon Brangs und Florian Schwarz von der Grünen Jugend, Dekan



Anzeige

Heute mehr Kindergeld. Morgen alle Möglichkeiten.

Nutzen Sie die Kindergelderhöhung und sichern Sie für Ihr Kind den Start in eine gute Zukunft ab. Mit Skandia Teddy zeigen schon kleine Beiträge große Wirkung.

Skandia Teddy bietet Ihnen dafür die größte Auswahl an ökologisch-nachhaltigen Investments.

Sie wollen mehr wissen? Gerne berate ich Sie persönlich: Ihr Versicherungsmakler für nachhaltige Geldanlagen:

Eric Welte
Telefon: 0 71 41/5 91 36
ericwelte@gmx.de



Weltbekannt ist die Speakers Corner, die „Ecke der Redner“, am Hyde Park in London. Jeder hat das Recht, dort auf eine mitgebrachte Kiste zu steigen und seine Meinung kund zu tun. Gesagt werden darf alles, nur über das britische Königshaus darf nicht geredet werden.

Die Ludwigsburger Speakers Corner hatte ihre eigenen Spielregeln: jeder Redner durfte bis zu 4 Minuten lang sprechen, die Zeit wurde durch eine grüne Eieruhr begrenzt.



leben. Wir alle müssen unsere Gegenwart und unsere Zukunft aktiv gestalten. Zuhause, am Arbeitsplatz, in der Freizeit, im Verein, in allen Zusammenhängen, in denen wir leben.“ Als Anregung für Redebeiträge nannte sie kontroverse Themen wie: Grünflächen oder mehr Straßen in der Stadt, Rad-



vertreter Alexander König, Hasan Canpolat vom alevitischen Kulturverein, Roswitha Matschiner für die Rad-Initiative, Klaus Hoffmann als Stadtteilvertreter Hoheneck, Werner Fleig, Rektor, Siegfried Rapp für Netzwerk Integration sowie die grünen Vertreter Jürgen Walter, Landtag, Daniel Renkonen, Kreistag, Andreas Kasdorf, OV, Michael Vierling, Gemeinderatsfraktion Ludwigsburg und Swantje Sperling, Gemeinderätin in Remseck.

Im Gegensatz zur thematischen Einschränkung an der Redeecke des Hyde Parks darf bei der nächsten Ludwigsburger Speakers Corner auch wieder frei über das „Ludwigsburger Königshaus“ geredet werden.

Termine

Neue Öffnungszeiten des Kreisbüros ab September 2010:
Montag und Freitag von 9 – 12 Uhr
Mittwoch von 12 – 14 Uhr

Montagsdemonstrationen
gegen Stuttgart 21: Hauptbahnhof Stuttgart, Nordausgang um 18 Uhr

„Freiheit statt Angst“
Demonstration für mehr Datenschutz: 11. September 2010 in Berlin

Demonstration gegen Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken: 18. September in Berlin

Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)
19.–21. November 2010 in Freiburg

Landesdelegiertenkonferenz (LDK)
4./5. Dezember 2010 in Bruchsal



Impressum:

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der Grünspiegel ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18,- Euro im Landkreis, 26,- Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Umland, Umlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
Bankverbindung:
KV Ludwigsburg
Kontonummer: 507 949 005,
BLZ 604 901 50,
Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (ViSDp), Andreas Kasdorf, Max Bleif, Siegfried Rapp, Uwe Scheuritzel
gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich
Ausgabe: Juli 2010
Auflage: 700
Bildnachweis: Alle Bilder Redaktion Grünspiegel.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Beiträge – kurz und knackig – sind herzlich willkommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.